



HESSISCHER LANDTAG

22. 10. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hessische Behörden versagen bei Wursthersteller Wilke – Neuordnung bei Lebensmittelüberwachung in Hessen notwendig

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest: Der Skandal um die mit Listerien belasteten Lebensmittel der Firma Wilke Waldeck Fleisch- und Wurstwaren GmbH offenbart ein eklatantes Versagen hessischer Behörden auf allen Ebenen. 37 Listeriose-Erkrankungen seit 2014 gehen laut Robert-Koch-Institut mit hoher Wahrscheinlichkeit auf belastete Ware des nordhessischen Wurstherstellers Wilke zurück. Mindestens drei Menschen sind an dieser Erkrankung gestorben. Anstelle einer verantwortungsvollen Aufarbeitung des Geschehens erlebt die Öffentlichkeit eine würdelose, wechselseitige Schuldzuweisung hessischer Behörden.
2. Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert, die Vorgänge um die Kontrollen der Firma Wilke seit 2012 sowie des Listeriose-Ausbruchs mit *Listeria-monocytogenes*-Sequenz-Cluster-Typ SIGMAR1 auf allen Ebenen und lückenlos aufzuklären und die Ergebnisse schnellstmöglich der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
3. Die bis dato bekannt gewordenen Fakten und Versäumnisse bei der behördlichen Überwachung der Lebensmittelproduktion der Firma Wilke machen nicht nur auf Defizite der Bundesgesetzgebung aufmerksam, sie zeigen auch deutlich, dass die Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung in Hessen unter Ministerpräsident Roland Koch im Jahr 2005 ein großer Fehler war.

Die Hessische Landesregierung wird aufgefordert:

- a) Den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung (Drucksache 20/1054) zurückzuziehen.
- b) Eine Neuordnung der Lebensmittelüberwachung und des Veterinärwesens in Hessen durchzuführen. Entscheidende Kompetenzen und Zuständigkeiten der Lebensmittelüberwachung müssen wieder auf Landesebene zusammengeführt werden.
- c) Die Lebensmittelüberwachung in Hessen so auszustatten, dass sie ihren gesetzlich geregelten Aufgaben, insbesondere der Kontrollpflicht lebensmittelverarbeitender und produzierender Betriebe, nachkommen kann.
- d) Sich einer Schwächung der Lebensmittelüberwachung durch Bundesministerin Julia Klöckner entschieden entgegenzustellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. Oktober 2019

Die Fraktionsvorsitzende:
Janine Wissler